



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Kritik des Obersten Rechnungshofs an Förderung von Musikveranstaltungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zur Kritik des Obersten Rechnungshofs (ORH) an der Förderung musikalischer Festivals und Veranstaltungen im Rahmen der künstlerischen Musikpflege Stellung zu nehmen.

Dabei sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Warum wurden die vom ORH bereits in den Jahren 2007 und 2008 kritisierten fehlenden Vorgaben und unklaren Vergabekriterien seither nicht geändert und präzisiert?
2. Warum wird bei den Zuwendungen auf Empfehlungen hinsichtlich der Anzahl, Auslastung und Besucherzahlen der geförderten Veranstaltungen ebenso verzichtet wie auf eine Festlegung, welche Ausgaben förderungsfähig sind?
3. Warum fehlen Kriterien zur Differenzierung der Veranstaltungen in Ballungsräumen oder ländlichen Gebieten im Sinne der Ziele des Landesentwicklungsprogramms (LEP)?

4. Trifft es zu, wie der ORH behauptet, dass es in der Vergangenheit in mehreren Fällen zu Mehrfachförderungen (zusätzlich über Kulturfonds) gekommen ist?
5. Wird in Zukunft die Anregung des ORH umgesetzt, die Vergabe von Zuwendungen, insbesondere bei der von Kleinbeträgen von bis zu 5.000 Euro, zu dezentralisieren und auf die Bezirke zu übertragen?
6. Werden die Forderungen des ORH, bei der Mittelvergabe nicht nur inhaltliche Mindestanforderungen zu stellen, sondern zusätzliche Qualitätskriterien wie z. B. Angebote zur kulturellen Bildungsarbeit zu berücksichtigen, für berechtigt gehalten und zukünftig umgesetzt?
7. Wird das Förderprogramm, wie vom ORH verlangt, in Zukunft zeitnah evaluiert?

### Begründung:

Der Oberste Rechnungshof (ORH) kritisiert in seinem Jahresbericht das Förderprogramm musikalischer Festivals und Veranstaltungen. Bemängelt werden insbesondere die unpräzisen Förderkriterien, die fehlende Evaluation des Programms und die zentrale Vergabe der Mittel durch das Kunstministerium. Der ORH fordert, die Kriterien neu zu fassen und die Entscheidungen zumindest für kleinere Förderbeträge gemäß den Zielen des LEP zu dezentralisieren und regionalisieren.